



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Die Themen: +++ Schwarz-Grün: Neue Wege für Hamburg? +++ Erste Bewertung zum Bereich Bildung +++

Joachim Bischoff / Bernhard Müller

Neue Wege für Hamburg?

Das erste schwarz-grüne Regierungsbündnis auf Länderebene



Die von CDU und Grünen gewollte Koalition hat eine Vorgesichte. In Hamburg wird auf Landesebene umgesetzt, was in den Hamburger Bezirken Altona und Harburg schon seit vier Jahren reibungslose Praxis ist. Die schwarzgrünen Akteure in Hamburg behaupten, die Region sei bei der neuen Konstellation in guten Händen. Trotz unterschiedlicher Ausgangspunkte würden »neue Wege« beschritten und das Regierungsbündnis verfolge das Ziel, die ökologisch-soziale Zerklüftung der hanseatischen Gesellschaft zu überwinden. »CDU und GAL sind durch unterschiedliche politische Erfahrungen und Ideen geprägt. Wenn sie dennoch zusammenarbeiten, müssen und wollen sie sich auf Neues einlassen.«

Dagegen vertreten wir die These: Der Koalitionsvertrag enthält wenig Neues und ist nicht ansatzweise ein Kompass für einen Politikwechsel. Im Gegenteil: Neoliberale Politik – gleich in welcher Version – hat eine massive soziale Spal-

tung produziert und mit einer moderaten ökologischen Modernisierung wird weder die negative Entwicklung bei der Naturzerstörung noch die massive Beschädigung von gesellschaftlicher Arbeit und sozialer Sicherheit gestoppt.

Mit Schwarz-Grün wird es bei den gravierendsten Fehlentwicklungen in Sachen Armut und sozialer Ausgrenzung kleine Verbesserungen geben, der CDU-Politik der Verschärfung der sozialen Spaltung werden gleichsam die skandalösesten Spitzen abgebrochen.

- Geplant ist die Wiedereinführung des Sozialtickets.
- Das letzte Jahr im Kita- bzw. Vorschulbereich soll gebührenfrei werden. Vor allem will man Migrantenkindern zusätzlichen Förderbedarf gewähren.
- Mit Härtefallregelungen soll auf Kinderarmut, Büchergeld etc. reagiert werden.

Das reicht alles nicht. Eine Politik, die aktiv die soziale Spaltung angeht, erfordert dagegen ein kostenloses Mittagess-

sen für alle Kinder in den Kitas, die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit und der Fahrtkostenzuschüsse für SchülerInnen sowie ein Sozialticket für 15 Euro – alles Maßnahmen, für deren Finanzierung nur kleinere Umschichtungen im Haushalt nötig sind. Die Politik der moderaten Korrektur der sozialen Spaltung verspricht den besonders benachteiligten Stadtteilen eine Aufstockung ihrer Ressourcen zur besseren Verwaltung der Armut.

Bei grundsätzlicher Fortführung der Niedriglohnpolitik des alten CDU-Senats will Schwarz-Grün zukünftig Mittel der Arbeitsmarktpolitik für die Förderung von Quartiersarbeit in sozial benachteiligten Stadtteilen verwenden. Die in Aussicht gestellte Verbesserung der Lage in den betroffenen Stadtteilen ändert an der Grundtendenz der soziale Polarisierung wenig. Wollte man sie umkehren, müssten u.a. die Ein-Euro-Jobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ersetzt, öffentliche Beschäftigung mit tarifvertraglich geregelten Einkommens- und Arbeitsbedingungen ausgedehnt und Mittel der Arbeitsmarktpolitik verstärkt für Qualifizierungsmaßnahmen verwendet werden.

Bildung

Dass Schwarz-Grün im Kitabereich einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Kinder ab zwei Jahre und ein kostenloses vorschulisches Jahr einführen will, ist zu begrüßen. Auch die für den Schulbereich geplante grundlegende Strukturreform mit Primarschule (sieben Jahre gemeinsames Lernen – von der Vorschule bis Klasse sechs), Gymnasium und Stadtteilschule kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Verbesserung gerade für die soziale benachteiligten SchülerInnen bringen.

Mit der verabredeten Strukturreform ist Schwarz-Grün allerdings auf halber Strecke in Richtung »Eine Schule für alle« stehen geblieben. Die Reform kann nur dann einen ersten Schritt in Richtung »Eine Schule für alle« bedeuten, wenn bestimmte Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehören eine deutlich bessere finanzielle und materielle Ausstattung der Schulen und entschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Unterrichts (kleinere Klassen, mehr Personal für die individuelle Förderung etc.). Passiert dies nicht, kommt es zu einer erneuten Privilegierung der Gymnasien, gegen die sich bisher auch die GAL ausgesprochen hat. Es droht dann eine massive Verstärkung der sozialen Spaltung schon ab Klasse 0, wie sie in den von der Koalition vorgesehenen drei Formen der Primarschule angelegt ist.

»Intelligente Privatisierung«

CDU und GAL wollen in der kommenden Legislaturperiode auf weitere Privatisierungen (etwa von SAGA/GWG oder UKE) verzichten. Gleichzeitig setzt Schwarz-Grün in verschiedenen Politikfeldern auf Public Private Partnership

Modelle, so etwa bei der Beseitigung des Sanierungsstaus beim Schulbau oder bei der »Erhöhung des Anteils preisgünstiger und familienfreundlicher Wohnungen in der Hafencity.« Die grüne Spitzenpolitikerin Hajduk nennt dies »intelligente Privatisierung«. Bei dieser grünen Version des Neoliberalismus werden nur die privaten Investoren bereichert und die Finanzierungsprobleme der Stadt in die Zukunft verschoben.

Von der von den Grünen angekündigten Kontrolle der Energiekonzerne ist wenig übrig geblieben. Faktisch wird durch den Koalitionsvertrag bestätigt, dass die CDU durch die Politik für ein neues Kohlekraftwerk und die Vergabe der Wegerechte für Gasleitungen etc. den Handlungsspielraum der Politik auf Jahre massiv beschnitten hat.

Demokratie

Über die Verbindlichkeit von Volkentscheiden will der neue Senat mit der »Volksinitiative für faire und verbindliche Volksentscheide« sowie den Fraktionen der Bürgerschaft verhandeln, um zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen. Mit den Vorhaben aus dem neuen Koalitionsvertrag werden zudem die schlimmsten Auswüchse der Innen- und Justizpolitik des alten CDU-Senats beseitigt. Dies betrifft u.a. den Umgang mit Flüchtlingen.

»Ökologische Modernisierung« und »intelligente Schuldenbremse«

Vom Gewicht her dominieren im Koalitionsvertrag Maßnahmen der ökologischen Modernisierung. Das reicht vom Ausbau der Fahrradwege über Maßnahmen zum Schutz von Elbe und Klima bis hin zum Bau einer Stadtbahn. Vieles von dem, was hier beabsichtigt ist, ist sinnvoll und gut, steht allerdings – wie so vieles im Koalitionsvertrag – unter Finanzierungsvorbehalt. Denn grundsätzlich will Schwarz-Grün an der Politik der »Haushaltskonsolidierung« festhalten: »Die Koalitionspartner sind sich einig, dass im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik grundsätzlich nur ausgeglichene Haushalte ohne Neuverschuldung aufgestellt werden sollen. Wenn (...) als ultima ratio Kreditaufnahmen nötig sind, wird eine intelligente Schuldenbremsenregelung vereinbart, um sicherzustellen, dass es nicht zu unkonditionierter Verschuldung kommt.«

Auf die »intelligente Schuldenbremsenregelung« wird Schwarz-Grün schon sehr schnell zurückkommen müssen. Die Koalitionsabsprachen wurden getroffen ohne Kassensturz, ohne ein Konzept für Haushaltsumschichtungen und – vor allem – ohne Vorschläge für eine Verbesserung der Einnahmen des Hamburger Haushalts. In Euro ausgedrückt geht es bei der in Aussicht gestellten schwarzgrünen »Reformpolitik« (zusätzlich zu den bisher von der CDU verfolgten Haushaltsansätzen) um folgende Größenordnungen:

Gebührenfreies Vorschuljahr	15 Mio. Euro
Einnahmenausgleich für Studiengebühren an Hochschulen	37 Mio. Euro
Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung ab 2 Jahren	3 Mio. Euro
Armutsbekämpfungsprogramm	15 Mio. Euro
Soziales Stadtteilentwicklungsprogramm	10 Mio. Euro
Stiftung zur Verbesserung des ökologischen Zustands der Elbe	10 Mio. Euro
Verkehrsprojekte	500 Mio. Euro
Umstrukturierung der Schullandschaft	300 -500 Mio. Euro

Angesichts des bevorstehenden ökonomischen Abschwungs und einer ungeklärten Kassenlage droht eine schnelle Rückkehr zu der vom CDU-Senat bekannten Politik: »Haushaltskonsolidierung« zu Lasten der armen und sozial ausgegrenzten Menschen.

Und über Hamburg hinaus?

Die schwarzgrüne Grundkonzeption stößt auf Skepsis oder gar heftige Kritik in Teilen des bürgerlichen Lagers. Von Beust und Co. wird Verrat des bürgerlichen Neoliberalismus an die Grünen vorgeworfen. Deutliche Zustimmung am schwarz-grünen Bündnis in Hamburg kommt dagegen aus der grünen Partei.

Nach einer aktuellen Umfrage stehen 72% der befragten Grünen-WählerInnen dem Hamburger Modell positiv gegenüber. Die Grünen haben vor Jahr und Tag ihre Vorbehalte gegenüber Militärinterventionen und einer Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen aufgegeben. Nun folgen im Verbund mit der Vision einer »grünen Marktwirtschaft« die

»intelligente Privatisierung« und der moderate Umgang mit gesellschaftlicher Armut.

Das grüne Milieu ist ökologisch und bürgerrechtlich orientiert. Der lange Weg der »Grünen« von einer Anti-Parteien-Partei mit einer strikten Ausrichtung auf Frieden und Ökologie endet in ihrem Funktionswandel zu einer staatstragenden Säule der bürgerlichen Hegemonie. Bei entsprechender parteipolitischer Umsetzung kann die Partei der »grünen Marktwirtschaft« und eines grünen Rechtsstaatsverständnisses die FDP in den Rang einer neoliberalen Sekte herabstufen.

Die neue Koalition in Hamburg ist zunächst auch ein Testfall. Erst nach ersten Erfahrungen mit der effektiven Regierungspraxis werden die Beteiligten entscheiden, ob die neue Konstellation ein »Modell« für andere Bundesländer oder die Bundesebene nach den Wahlen 2009 ist. Mit dem Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün werden kleine Schritte in Richtung ökologischer Modernisierung angekündigt und die größten von der CDU zu verantwortenden Fehlentwicklungen bei sozialer Spaltung; Bildung, Privatisierung und Demokratie korrigiert. Mit einem Politikwechsel hat das nichts zu tun. Die zaghafte Versuche etwas gegen die soziale Spaltung zu machen, drohen zudem unter dem Diktum der Haushaltszwänge ins Gegenteil umzuschlagen. Die Aufgabe der Linken besteht darin, die Politik von Schwarz-Grün kritisch zu begleiten, über ihre Implikationen und Folgen aufzuklären und vor allem die eigenen Vorstellungen für einen Politikwechsel – gegen soziale Spaltung, für Rekommunalisierung, Eine Schule für alle und mehr Demokratie – in die politische Auseinandersetzung einzubringen.

Joachim Bischoff ist Abgeordneter der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft, Bernhard Müller ist einer der SprecherInnen der LINKEN in Hamburg-Altona.

Bei anderen gelesen:

Klaus Bullan (Vorsitzender der GEW Hamburg)

Erste Bewertung des schwarz-grünen Koalitionsvertrags, Bereich Bildung

Allgemeines

Die GEW Hamburg und der DGB Hamburg haben ihre Vorstellungen und Erwartungen an eine neue Regierung vor den Bürgerschaftswahlen und in der Phase der Koalitionsgespräche deutlich formuliert.

Dabei stand für uns im Vordergrund, die soziale Spaltung der Stadt auch in dem hierfür so bedeutenden Bildungsbereich zu überwinden oder zumindest deutlich zu reduzieren. Chancengleichheit insbesondere für die Benachteiligten in Kita, Schule Hochschule und Weiterbildung voranzubringen, die Arbeitsbedingungen der im Bildungsbereich Beschäftigten und die Lernbedingungen der

Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen deutlich zu verbessern und alle Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich zurückzudrängen waren und sind die zentralen Anforderungen, die wir an eine gute Bildung in Hamburg stellen.

Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen aus gewerkschaftlicher Sicht nicht akzeptabel.

Die Vereinbarungen enthalten einige – zum Teil – deutliche Verbesserungen vor allem im Bereich von inhaltlichen Bildungsstrukturen/innovationen bzw. hinsichtlich der Rücknahme von Belastungen für die NutzerInnen von Bildungseinrichtungen, scheinen aber nicht geeignet, einen

wesentlichen Beitrag gegen die soziale Spaltung der Stadt, für die Chancengleichheit im Bildungsbereich und zur Verbesserung der Lage der Beschäftigten im Bildungsbereich zu liefern.

Im Einzelnen: Kindertagesstätten (Kitas)

Die Einführung der Gebührenfreiheit für das letzte Bildungsjahr vor der 1. Klasse ist ebenso zu begrüßen, wie die Erweiterung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung für Zweijährige.

Den Anteil von PädagogInnen an Kitas zu erhöhen, die einen Bachelor-Abschluss haben, ist ein Schritt in die richtige Richtung zur Höherqualifizierung des Kita-Personals, bleibt aber zu vage.

Bedauerlich ist, dass die Verhandlungspartner sich nicht darauf verständigen konnten, das Mittagessen an Kitas kostenlos anzubieten.

Die Anerkennung der Kitas als Bildungseinrichtungen und die Möglichkeit, einen fließenden Übergang zwischen Kita und Grundschule zu ermöglichen, hätten es aus unserer Sicht geboten erscheinen lassen, die Zuständigkeit für Kitas und Schulen wieder in einer gemeinsamen Bildungsbehörde anzusiedeln. Diese Chance haben die Koalitionäre offenbar vertan.

Schule

Schulstruktur: 1. Bei dem nun absehbaren Modell handelt es sich um eine Mischung der Konzepte von CDU und GAL – halb Zwei-Säulen-Modell, halb »9machtklug«. Unser Ziel »Eine Schule für alle« über die gesamte Pflichtschulzeit ist damit nicht erreicht.

2. Wir begrüßen grundsätzlich das längere gemeinsame Lernen von insgesamt bis zu 7 Jahren (Klassenstufen 0–6).

3. Der Grundgedanke, regionale Schulentwicklung mit den beteiligten Schulen vor Ort zu betreiben, bietet Chancen für eine demokratische Schule im Interesse der SchülerInnen, Eltern und Lehrkräfte.

4. Auch das neue »Abschulverbot« ist ein guter und richtiger Schritt. Die Schulen werden sich dadurch noch mehr als bisher schon zu integrativen Systemen entwickeln.

5. Die Abschaffung isolierter Hauptschulklassen ab dem Schuljahr 2008/9 ist sehr zu begrüßen.

6. Die Problematik der frühen Selektion – und damit die soziale Spaltung bei den Bildungschancen – im Hamburger Schulwesen ist in diesem Modell nicht gelöst, sondern zwei Jahre nach hinten verlagert. Eine sechsjährige Grundschule ist in der wissenschaftlichen Diskussion und auch in den Erfahrungen anderer Bundesländer sehr umstritten. Bildungsforscher bemängeln beispielsweise, dass die Selektion dann in die schwierige Lebensphase der Pubertät verlagert wird. Für die GEW bleibt der Kritikpunkt bestehen, dass in einem gegliederten Schulsystem Bildungschancen weiterhin nach Herkunft und sozialer Lage verteilt werden.

7. Die bestehenden Grundschulen müssen zur Umsetzung des Modells »Primarschule« eng mit bestehenden weiterfüh-

renden Schulen im Stadtteil zusammenarbeiten. Der Gefahr, dass die Selektion faktisch nach vorne verlagert wird, wenn Eltern mit einem entsprechenden sozialen Hintergrund versuchen, ihre Kinder mit allen Mitteln auf eine Primarschule zu schicken, die mit einem Gymnasium zusammenarbeitet, muss unter allen Umständen begegnet werden. Es darf keine Primarschulen 1. Klasse (die mit Gymnasien zusammenarbeiten) und Primarschulen 2. Klasse (die mit Stadtteilschulen zusammen arbeiten) geben.

8. Insgesamt gibt es positive Ansätze in der Vereinbarung. Die Problematiken des gegliederten Schulwesens werden allerdings weiter mitgenommen. Es gibt keinen sachlichen Grund, die Kinder nach sechs oder sieben Jahren gemeinsamem Lernen in verschiedene Schulformen zu selektieren. Wir bedauern sehr, dass den Koalitionären der Mut gefehlt hat, gleich den gesamten Schritt zu gehen und »Eine Schule für alle« einzuführen.

Ressourcenausstattung: Grundbedingung dafür, dass längeres gemeinsames Lernen erfolgreich umgesetzt werden kann, ist aus gewerkschaftlicher Sicht die notwendige Ausstattung an den Schulen. Dazu gehören in erster Linie entsprechend aus- bzw. fortgebildetes Personal, kleine Lerngruppen und Arbeitsbedingungen sowie Unterrichtszeiten der Lehrkräfte, die individuelle Förderung möglich machen. Klar ist, dass dazu eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel für die Schulen notwendig ist. In dieser Hinsicht ist der Koalitionsvertrag enttäuschend.

Klassengrößen: Bei den Klassenfrequenzen ist allein eine Senkung an den Primarschulen auf 25, in KESS 1 und 2 Gebieten auf 20 Schüler vorgesehen. Angesichts der gegenwärtigen tatsächlichen durchschnittlichen Klassenfrequenzen an den Grundschulen von 25,3 (2006) kann das nicht als deutlicher Fortschritt bezeichnet werden, selbst wenn berücksichtigt wird, dass in den Klassen 5 und 6 der gegenwärtigen Beobachtungsstufen die Frequenzen an Gymnasien und Gesamtschulen deutlich höher liegen. Hinzu kommt, dass die Frequenzsenkungen des CDU-Senats von 2007 für 1. Klassen hier noch nicht enthalten sind. Für die Schulen der Sekundarstufe I und II sind keinerlei Frequenzsenkungen im Koalitionsvertrag vorgesehen. Das ist besonders deshalb nicht hinnehmbar, weil in den sechs Jahren CDU-Regierung hier deutliche Verschlechterungen stattgefunden haben.

Ganztagschulen: Es ist zu begrüßen, dass 50 neue Ganztagschulen mit Schwerpunkt auf Grundschulen in soziale benachteiligten Vierteln eingerichtet werden sollen, auch die gebundene Form ist aus Sicht der GEW der einzig richtige Weg. Allerdings gilt auch hier, dass die Kürzungen von insgesamt 60 Prozent für den Nachmittagsbetrieb gegenüber den zuvor bestehenden Ganztagschulen nicht zurückgenommen wird, sondern die Minderausstattung weiter die Regel bleibt.

Lehrerarbeitszeit: An den unerträglich hohen Arbeitszeiten des pädagogischen Personals, die die Gesundheit der Beschäftigten sowie die Qualität der Bildung massiv beeinträchtigen, soll sich nichts Wesentliches ändern. Weder die Abschaffung der umstrittenen Lehrerarbeitszeitverordnung, noch eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrkräfte, noch eine Obergrenze von Pflichtstunden noch die Reduzierung des eigenverantwortlichen Unterrichts für ReferendarInnen sind beabsichtigt. Lediglich für „einzelne Lehrerinnen und Lehrer“ wird die Einführung einer Obergrenze geprüft. Das muss als eine Provokation für die Kolleginnen und Kollegen an Hamburgs Schulen aufgefasst werden.

Büchergeld: Es bleibt dabei, auch die Schwarz-Grüne Regierung will die Lernmittelfreiheit nicht wieder herstellen: Das Büchergeld bleibt erhalten. Es wird lediglich geprüft, ob Geringverdiener dabei entlastet werden können. Das ist – auch gemessen an dem tatsächlichen Einsparpotenzial – eine Weichenstellung in die falsche Richtung.

Privatisierung der Gebäudeverwaltung an Schulen: Die Auslagerung der Hausmeister an die GWG bleibt bestehen, wird lediglich evaluiert. Und die Modelle der Privat-Public-Partnership sollen verstärkt fortgesetzt werden – aus Sicht der GEW ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Privatisierung im Bildungsbereich. Dazu passt auch, dass die Auslagerung des Schulschwimmens an die Bäderland GmbH offenbar nicht zurückgenommen werden soll.

Ausbildung

Die gewerkschaftliche Forderung nach einer Ausbildungsplatzumlage, um die jahrzehntelange Ausbildungsplatznot der Jugendlichen in Hamburg zu beheben, wird auch von

dieser Regierung ignoriert.

Das geplante Sonderprogramm für 500 bis 600 Ausbildungsplätze kann diesen Mangel nicht kompensieren. Die Planung vollzeitschulischer Berufsausbildungen mit Kammerprüfung für »Risikoschüler« ist ein richtiger Schritt zur Ergänzung des dualen Systems, den wir begrüßen.

Ebenso ist die Einführung von Prinzipien der Produktionsschulen in der schulischen Berufsvorbereitung zu unterstützen. Den Ausbau von Produktionsschulen auf bis zu 500 Plätze ist eine gute Maßnahme zur Unterstützung benachteiligter Jugendlicher.

Leider konnte sich die Koalition nicht der Forderung der GEW nach Auflösung des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) anschließen. Dies soll jetzt lediglich evaluiert werden. Immerhin wird damit die Absicht verbunden, neben den Kammern endlich auch die Gewerkschaften daran zu beteiligen.

Studiengebühren

Die GEW bleibt bei ihrer Auffassung, dass Studiengebühren – gleich welcher Art – die soziale Schieflage an den Hochschulen verschärfen und deshalb bekämpft werden müssen. Deshalb lehnen wir auch die nachgelagerten und auf 375 Euro pro Semester gesenkten Studiengebühren ab, auch wenn sie die Lage der gegenwärtig Studierenden gegenüber dem bisherigen System verbessern. Wir begrüßen die Absicht der Koalition, für die von Exmatrikulation bedrohten Studierenden eine Lösung zur Weiterführung des Studiums zu finden. Wir gehen davon aus, dass die ausgesprochenen Exmatrikulationen zurückgenommen werden.

Hamburg, den 18. April 2008

Nach <http://www.gew-hamburg.de/>

Veranstaltungen

28. April 2008, 18:00 Uhr

**Öffentliche Fraktionssitzung der LINKEN:
Der schwarz-grüne Koalitionsvertrag und die
Schlussfolgerungen für DIE LINKE**

Hamburger Rathaus,
Raum 151

7. Mai 2008, 18:30 Uhr

**Hans Modrow: Gründe des Scheiterns
des Realsozialismus in der DDR**
Konsequenzen für eine moderne Sozialismuskonzeption
im Kulturhaus Dehnhai
Vogelweide 20b (U-Bahnhof Dehnhai)

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.